



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Hanspeter Weibel, SVP-Fraktion:
Vermögenssteuer im Kanton Basel-Landschaft**

Autor/in: [Hanspeter Weibel](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 24. Juni 2010

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Der Kanton Basel-Landschaft steht in einem harten Steuerwettstreit mit anderen Kantonen. Insbesondere bei der Vermögenssteuerbelastung für grosse Vermögen ist unser Kanton wenig bis gar nicht wettbewerbsfähig. Bei Vergleichen mit anderen Kantonen rangiert der Kanton Basel-Landschaft regelmässig im hintersten Viertel.

- Kennt der Regierungsrat die Anzahl vermögender Personen mit steuerpflichtigen Vermögen über 5 Mio., welche in den letzten 5 Jahren aus dem Kanton Basel-Landschaft weggezogen sind?
- Kennt der Regierungsrat die Beweggründe für den Wegzug oder hat er versucht diese bei den betreffenden Personen in Erfahrung zu bringen?
- Um wie viele Steuerprozent müsste der Vermögenssteuer-Satz angehoben werden, wenn 5% derjenigen Steuerzahler, die 10 Mio. und mehr Vermögen versteuern, den Kanton verlassen, um den Wegfall dieses Steuersubstrates zu kompensieren?
- Bis wann gedenkt der Regierungsrat die [Motion](#) der SVP-Fraktion, eingereicht von Hans-Jürgen Ringgenberg am 1. November 2007, zu beantworten und entsprechende Entlastungen bei der Vermögensbesteuerung dem Landrat zu unterbreiten?
- Die Regierung hat in der Vorlage [2009-254](#) unter Punkt 2.07.17 die Revision zur wettbewerbsfähigen Ausgestaltung der Vermögens- und Einkommensbesteuerung unter Einbezug der kantonalen Vermögenssteuerwerte für Liegenschaften und Wertpapiere sowie unter Berücksichtigung notwendiger Anpassungen bei der Besteuerung mittlerer und hoher Einkommen aufgeführt. Dabei hat er vorgesehen, Vernehmlassungsverfahren und Verabschiedung der Landratsvorlage im 1. Semester 2010 durchzuführen. Wie sieht der aktuelle Fahrplan für diese Vorlage aus? Wie stellt sich der Regierungsrat zur Tatsache, dass sein eigenes Regierungsprogramm nicht eingehalten wird? Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass es bei sich abzeichnenden weiteren Defiziten nicht auch prioritär ist, die Einnahmenseite sicherzustellen und damit zu vermeiden, dass sehr gute (und mobile) Steuerzahler den Kanton verlassen, wie dies in der Vergangenheit auch schon geschehen ist?